

Jugendsozialarbeit

→ aktuell

Nummer 179
September 2019

Sehr geehrte Leser*innen,

analog zum Erstarken rechter, völkisch-nationalistischer und rassistischer Tendenzen wird der Ruf nach mehr politischer Bildung oder Demokratiebildung lauter - auch in den Handlungsfeldern der Jugendförderung.

Die Jugendverbände verweisen dann, zurecht, auf ihre demokratische Verfasstheit und darauf, dass junge Menschen in verbandlichen Strukturen demokratische Formen und Prinzipien erleben, mitgestalten und sich so aneignen – politische Bildung als „Lernen am Modell“. Gleichzeitig scheidet die verbandlich organisierte Jugendarbeit aber oft bei dem Versuch, ihre Angebote für sozial benachteiligte junge Menschen zu öffnen. Ist politische Bildung also allein eine Frage des jeweiligen Milieus?

Der aktuelle Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW hat – für alle Handlungsfelder der Jugendförderung – zum Ziel, „Initiativen der Träger anzuregen, die auf eine verbesserte Partizipation und Mitbestimmung junger Menschen an der Gestaltung der Gesellschaft und Politik zielen. Dabei sollen zugleich auch die politische Bildung und Wertebildung weiterentwickelt und verstärkt werden.“

Wie eng gerade in der Jugendsozialarbeit politische Bildung, Partizipation und Mitbestimmung miteinander verwoben sind, deutet schon die Überschrift dieser Ausgabe von *jugendsozialarbeit aktuell* an.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Stefan Ewers
Geschäftsführer

Es geht um echte Partizipation!

Politische Bildung mit „bildungsbenachteiligten“ Jugendlichen

Tom Urig

Die Anführungszeichen machen es deutlich: es ist gar nicht so einfach, eindeutig und fair die Zielgruppe zu beschreiben, um die es hier gehen soll. Laut Nationalem Bildungsbericht 2016 sind Kinder und Jugendliche „bildungsbenachteiligt“, wenn einige der folgenden Risikofaktoren zutreffen: geringes Einkommen oder Arbeitslosigkeit der Eltern; schwierige Wohnverhältnisse, die ungünstige Lernumgebungen schaffen; Benachteiligungen im Zusammenhang mit Migrationshintergründen; Aufwachsen bei nur einem Elternteil. (vgl. Ag Bildungsberichterstattung (Hrsg.), 2016). „Bildungsbenachteiligt“ ist dabei zweifellos treffender als „politikfern“ oder „bildungsfern“, womit diese Jugendlichen noch Anfang der 2000er Jahre beschrieben wurden. Der aktuelle Bildungsbericht 2018 spricht nun von „Risikolagen“ und beschreibt hierzu die Bildungs- und Einkommenssituation der Eltern (vgl. Ag Bildungsberichterstattung (Hrsg.), 2018, S. 54). Die Bundeszentrale für politische Bildung verwendet in ihrem „Verstärker Netzwerk“ weiter den Begriff „bildungsbenachteiligt“ und setzt ihn in Anführungszeichen (in diesem Text übernehme ich diese Form) oder es wird einfach von „schwer erreichbaren Jugendlichen“ gesprochen. Noch wichtiger aber, als die möglichst korrekte Benennung, erscheint mir das Wissen um diese jungen Menschen: Wie ist es genau, mit so wenig Geld auskommen zu müssen und in „schwierigen Wohnverhältnissen“ zu leben? Wie erfahren sie Stigmatisierung aufgrund ihres Wohnviertels, wo erleben sie Rassismus? Was sind ihre Erwartungen, Wünsche,

aktuell

Jugendsozialarbeit

Politische Bildung wird sowohl innerhalb von Schule als auch in der non-formalen Bildung als Umschreibung verwendet. Doch was Lehrer*innen darunter verstehen, unterscheidet sich oft vom Verständnis der außerschulischen Träger.

Hoffnungen? Vielen Sozialarbeiter*innen und politischen Bildner*innen sind diese Lebenswirklichkeiten fremd und es fehlen ihnen Zugänge. Die Praxiserfahrungen zeigen, dass auch hoch motivierte politische Bildner*innen größte Schwierigkeiten haben können, die bildungsbenachteiligte Zielgruppe überhaupt zu erreichen. Wo es keinen etablierten Jugendclub, kein Jugendzentrum oder andere Anlaufstelle im Quartier gibt, braucht es viel Zeit für die Kontaktabstimmung und den Aufbau von Vertrauen.

Den Begriff der **Politischen Bildung** könnte man ebenso in Anführungszeichen setzen. Politische Bildung wird sowohl innerhalb von Schule als auch in der non-formalen Bildung als Umschreibung verwendet. Doch was Lehrer*innen darunter verstehen, unterscheidet sich oft vom Verständnis der außerschulischen Träger: „Der Politikunterricht unterliegt Rahmenbedingungen, die der Entwicklung demokratischer Kompetenzen und Werte entgegenstehen. So müssen Lehrkräfte leistungs- und ergebnisorientiert unterrichten und ihre Schülerinnen und Schüler bewerten“, schreiben Adrian de Souza Martins und Gabi Elverich in POLIS (de Souza Martins / Elverich, 2019). Auch in der Praxis der außerschulischen Bildung zeigen sich unter der Überschrift „Politische Bildung“ sehr vielfältige Verständnisse, insbesondere was die Zielsetzung, das Curriculum und die Methoden angeht. So trifft man durchaus in der Jugendsozialarbeit auf einen Begriff von Politischer Bildung, der inhaltlich vom Verfassungsrecht und methodisch vom Fachvortrag geprägt ist - und strukturell von der bildungsbürgerlichen Akademie. Vor dem Hintergrund einer Verschiebung der Diskurse nach rechts und dem Erstarken demokratiefeindlicher Strukturen, wird das Verständnis von Politischer Bildung wieder diskutiert. Leider fehlt der Platz, hier ausführlicher auf die Abgrenzung von Politischer Bildung zur Demokratiebildung und Primärprävention einzugehen. Deshalb nur so viel: In einem lesenswerten Beitrag für die Deutsche Jugend beschreibt Benno Hafener Politische Bildung so: „Sie ist ein non-formales Bildungs- und Lernfeld mit typischen Merkmalen, wie Freiwilligkeit und Partizipation, Interessen- und Erfahrungsorientierung, mit vielfältigen Formaten, die Zielen bzw. einem normativen Verständnis wie Mündigkeit, Reflexion und Kritik verpflichtet sind.“ (Hafener, 2019). Schauen wir in unser nahes Umfeld:

Die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) versteht unter Politischer Bildung: „(sie) leistet einen Beitrag zur Beurteilung von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Gleichzeitig will sie Jugendliche dazu motivieren, an diesen Prozessen zu partizipieren, sie mitzugestalten. Dazu ist sowohl die Vermittlung von Fachwissen notwendig als auch die Vermittlung von Handlungskompetenzen, die Jugendliche dazu befähigen und ermutigen soll, ihre politische Haltung auch in politisches Handeln umsetzen zu können. In die Beurteilung von politischen Prozessen fließt sowohl die Reflexion der persönlichen Lebenswelt als auch die kritische Auseinandersetzung mit Wertvorstellungen ein.“ (afj, 2010, S.4)

Sehr knapp erklärt die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ihren Auftrag: „Verständnis für politische Sachverhalte fördern, das demokratische Bewusstsein festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit stärken.“ (bpb, o.D.). Bei einer solchen politischen Bildung für „bildungsbenachteiligte“ Jugendliche setzt das „Netzwerk Verstärker - Netzwerk aktivierender Bildungsarbeit“ der bpb an. Es wendet sich als „offenes Netzwerk“ an Akteure und Organisationen aus der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit, aus Schule, Wissenschaft und Verwaltung sowie Jugendliche aus den Zielgruppen. „Das verbindende Element ist die Arbeit mit (bildungs-) benachteiligten Jugendlichen, die aufgrund ihrer Lebenswelten, Freizeitgewohnheiten, Themeninteressen und ihrem Mediennutzungsverhalten mit klassischen Methoden der politischen Bildung nicht oder nur schwer erreicht werden können. Wichtig ist auch Jugendliche in die Netzwerkarbeit einzubinden.“ Dem Netzwerk geht es um „interdisziplinäre Vernetzung (...), fachlichen Austausch, Qualifizierung und Beratung; z.B. Organisation von bedarfsgerechten Fortbildungen, Entwicklung von Strategien und modellhaften Projektideen zur Arbeit mit der Zielgruppe, Transfer von Ergebnissen aus Praxis und Forschung, Einbindung von Jugendlichen (...)“ (bpb, 2018). Zentral ist die jährliche bundesweite Fachkonferenz, diese dient dem Abgleich der Praxis der Akteur*innen mit neusten Erkenntnissen, der Planung der Arbeit und dem multiperspektivischen Austausch.

Ein besonderes Instrument der bpb ist die

Qualifizierungsreihe „Politische Bildung mit „bildungsbenachteiligten“ Jugendlichen“, sie richtet sich an Multiplikator*innen der politischen Bildungsarbeit. Dazu werden Forschungsergebnisse, praxisrelevante Methoden und politisch-bildnerische Ansätze vermittelt bzw. erarbeitet. In der laufenden „Quali-Reihe“ befassen sich die Module u.a. mit Zielgruppenorientierung, Beteiligung und Inklusion, Methoden und Formaten, Lebenswelten und Kommunikationsformen Jugendlicher im Social-Web sowie Rassismuskritischer Bildungsarbeit. Begleitet durch ein Coaching können die Teilnehmenden ein eigenes Beteiligungsprojekt konzipieren, bei dem sie das Erlernte parallel in der Praxis anwenden (vgl. www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker/202750/qualifizierungsreihe - abgerufen am 14.08.2019).

Blickt man auf die Erfahrungen der Teilnehmenden der Qualifizierungsreihe sowie der im Netzwerk aktiven Teamer*innen, sind aus meiner Sicht für den Erfolg des politischen Lernens mit „bildungsbenachteiligten“ jungen Menschen insbesondere folgende Punkte entscheidend:

Partizipation. Echte Partizipation ist mehr als eine partielle Beteiligung, die ein Mitwirken oder Mitentscheiden zuweilen mal zulässt oder auch nicht. Die grundlegende Haltung für partizipative Prozesse ist es, Kinder und Jugendliche als Expert*innen in eigener Sache zu sehen. Um es deutlich zu formulieren: Beteiligung von jungen Menschen findet nur da wirklich statt, wo Erwachsene (Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen...) bereit sind, bewusst auf einen Teil ihrer Macht zu verzichten. Dazu gehört Zutrauen in die Jugendlichen, aber auch eine aktive Unterstützung, durch ein Schaffen von geeigneten (geschützten) Freiräumen sowie Angeboten an Formaten und Methoden. Politische Bildung wird dann wirksam, wenn Partizipation fester Teil des pädagogischen Konzepts ist und tagtäglich demokratisches Miteinander (vor)gelebt wird und nicht nur im Rahmen von einzelnen Maßnahmen.

Selbstwirksamkeit erfahrbar machen.

Politische Bildung setzt an der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen an. Dies gilt umso mehr bei „bildungsbenachteiligten“ Jugendlichen. Nicht die Vermittlung von Faktenwissen über staatliche Institutionen und deren demokratisches Zusammenwirken stehen beim non-formalen politischen Lernen im

Fokus, sondern es geht zuerst um die Fragen und Probleme, die Jugendliche alltäglich erleben. Politische Bildung kann jungen Menschen helfen, Bewertungen vorzunehmen, Perspektiven zu erkennen und Verantwortung gegenüber sich selbst und der Gesellschaft wahrzunehmen. Eine zentrale Erfahrung ist dabei die der Selbstwirksamkeit. Durch das eigene Gestalten eines Projektes, das ein Anliegen der Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt, erfahren und lernen Jugendliche schwierige Situationen – und Herausforderungen der Gesellschaft – aus eigener Kraft zu analysieren und erfolgreich bewältigen zu können. Das mögliche Scheitern eines solchen Projektes gehört zum politischen Lernen.

Prozessorientierung. Gerade Medienprojekte verführen zur Arbeit hin zum möglichst professionellen Ergebnis. Es geht aber nicht um perfekte Resultate, den besten Video-clip oder den virtuosen Rap; es geht um den gemeinsamen Prozess, das Erfinden, Suchen, Aushandeln, Bewerten, Korrigieren, Reflektieren... Der Erfolg des politischen Lernens bemisst sich nicht im vorzeigbaren Ergebnis. Zentral ist die Prozessorientierung, die Ermöglichung der Handlungsschritte und der Blick darauf, was die Jugendlichen gemeinsam im Diskurs erarbeiten und erfahren (können).

Reflexion. Ein weiterer entscheidender Faktor für den politischen Lernerfolg ist die moderierte gemeinsame Nachbereitung, bei der Jugendliche ihre Erfahrungen und Erkenntnisse nicht nur auf individueller oder sozialer Ebene, sondern auch auf gesellschaftlicher und politischer Ebene reflektieren.

Methoden und Formate. Jeder Überblick hierzu würde den Rahmen sprengen und es gibt nicht die zehn oder zwanzig Tools, mit denen man das passende Rüstzeug für 80 Prozent aller Projekte der Politischen Bildung hätte. Entscheidend ist, dass die Methode dem Alter der Jugendlichen entspricht und an deren Lebenswelt attraktiv anknüpft – und gerne darf geändert, weiterentwickelt oder neu erfunden werden. Niedrigschwelligkeit meint dabei den Verzicht auf hohe Anforderungen an die jungen Menschen, bezüglich ihrer Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und ihrem Fachwissen. Zunehmend werden Methoden aus der Medienpädagogik eingesetzt, die

Nicht die Vermittlung von Faktenwissen über staatliche Institutionen und deren demokratisches Zusammenwirken stehen beim non-formalen politischen Lernen im Fokus, sondern es geht zuerst um die Fragen und Probleme, die Jugendliche alltäglich erleben.

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, offene, gestaltbare Treffpunkte im Kiez mit sozialpädagogischer Begleitung. Und es braucht die Chance der demokratischen Selbstorganisation, die Möglichkeit, Peergroups zu eigenen Anliegen zu bilden.

Apps für Smartphones oder Pads nutzen. Ein Beispiel ist Actionbound, ein „Serious Game“, bei dem Jugendliche digitale Schatzsuchen, mobile Abenteuer und interaktive Guides erstellen. Viele Leser*innen werden schon die Präsentation der Ergebnisse eines „Rap-Workshops“ bei einem Fachkongress erlebt haben. Leider nicht immer in einer wertschätzenden Form, die das Anliegen der jungen Menschen in den Mittelpunkt stellt – und nicht die musikalische Umrahmung. Sehr verbreitet bleibt das Erstellen von Videoclips. Einen guten Einblick geben die „Aktionsformate“ der bpb. (vgl. www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker/202749/aktionsformate - abgerufen am 14.08.2019)

Woran fehlt es noch?

Partizipation, das aktive Wahlalter ab 12.

Klaus Hurrelmann zeigt in einem Interview des Deutschen Bundesjugendrings auf, dass „bei insgesamt sehr gutem Bildungsstand, bei der Beschleunigung der Entwicklung durch verschiedenste Faktoren – auch durch den Zugang zu Medien schon im jungen Alter – das Wahlalter 12 geboten ist.“ (DBJR, 2019) Jugendliche benötigen echte Partizipation, gerade in ihrem Sozialraum und nicht Jugendparlamente oder andere Gremien, denen es an direktem Einfluss fehlt – und die vielfach die Interessen des politischen Establishments bedienen sollen.

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, offene, gestaltbare Treffpunkte im Kiez mit sozialpädagogischer Begleitung. Und es braucht die Chance der demokratischen Selbstorganisation, die Möglichkeit, Peergroups zu eigenen Anliegen zu bilden. Jugendverbände leisten hier wichtige Beiträge, mit echten partizipativen Konzepten.

Fachkräfte der Jugendhilfe benötigen

Qualifizierung. Wer es mit dem politischen Lernen ernst meint, braucht eine geklärte eigene Haltung zur Partizipation und ein passendes methodisches Repertoire. Dies sollte einhergehen mit dem nächsten Schritt:

Bildung von Netzwerken, Thinktanks und Laboren

mit der Jugendsozialarbeit und den etablierten Trägern der Politischen Bildung, mit Akademien und Jugendverbänden und den vielen Einrichtungen, Projekten und engagierten Trainer*innen. Ziele sind der fachliche Austausch, die Qualitätsentwicklung, das Erfinden von neuen Formaten und Methoden und nicht zuletzt die Lobbyarbeit für die Politische Bildung mit „bildungsbenachteiligten“ Jugendlichen.

Literatur

- Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj): *Konzept Politische Bildung*. Düsseldorf, 2010. www.afj.de/images/Themen/Konzept_Politische_Bildung.pdf (abger. 16.08.2019).
- Autorengruppe (Ag) Bildungsberichterstattung, (Hrsg.): *Bildung in Deutschland 2016*. Bielefeld, 2016. www.bildungsbericht.de, (abger. 16.08.2019).
- Autorengruppe (Ag) Bildungsberichterstattung, (Hrsg.): *Bildung in Deutschland 2018*. Bielefeld, 2018. www.bildungsbericht.de, (abger. 16.08.2019).
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): *Über uns*. Die bpb. O.D. www.bpb.de/die-bpb/ (abger. 16.08.2019).
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): *Verstärker / Über das Netzwerk*. 2018. www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker/202744/ueber-das-netzwerk (abger. 16.08.2019).
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): *Qualifizierungsreihe Politische Bildung mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen*. 2018. www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker/202750/qualifizierungsreihe (abger. 16.08.2019).
- de Souza Martins, Adrian / Elverich, Gabi: *Respect Coaches [sic] – Gelingende Kooperation von Schule und außerschulischer Bildung zur Stärkung der Demokratiebildung*. In: POLIS 2/2019, S.14 -17.
- Deutscher Bundesjugendring (DBJR): *Professor Klaus Hurrelmann zu #wahlalterssenken*. 27.03.2019. www.dbjr.de/artikel/professor-klaus-hurrelmann-zu-wahlalterssenken/ (abger. 16.08.2019).
- Hafeneger, Benno: *Politische Bildung in Krisenzeiten – Im Spannungsfeld von Feuerwehr, Prävention, Aufklärung und Kritik*. In: *deutsche jugend* 67. Jg. 2019 Heft 2, S. 55-64.

Autor

Tom Urig ist Organisationsberater, Dozent und politischer Bildner. Er ist Moderator und Coach für die Qualifizierungsreihe Netzwerk Verstärker der bpb. Für die BAG KJS koordiniert er das Sondervorhaben „Respekt Coaches“. Kontakt: www.jugendhilfeberatung.de

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Kleine Spitzengasse 2 - 4
50676 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print)
ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

